



## Kein Berufsbürgermeister für Oberhof

Thüringens Innenminister Peter Huber (CDU) erklärte am Mittwoch, dass Oberhof in der nächsten Legislaturperiode, das ist ab 2012, keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr haben sollte.

Vor der Sommerpause legte am Mittwoch Innenminister Peter Huber (CDU) Regelungen für die neue Kommunalordnung vor - und einen Vorschlag zum Beenden des jahrelangen Streits um die Straßenausbaubeiträge.

Erfurt. Es war ein Nebensatz. Thüringens Innenminister Peter Huber (CDU) erklärte am Mittwoch, dass Oberhof in der nächsten Legislaturperiode, das ist ab 2012, keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr haben sollte. Als 1300-Seelen-Gemeinde sei der Ort deutlich zu klein, um Ausnahmeregelungen weiter bestehen zu lassen. Das Argument, dass dieser Sonderstatus mit den bedeutenden Wintersportstätten in der Gemeinde begründet wurde, wies Huber zurück. Es gebe eher ein "Strukturproblem".

Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) bereite derzeit ein Konzept für die Sportstätten vor. "Stimmt", sagt eine Sprecherin des Wirtschaftsministers dieser Zeitung. "Bis Ende des Sommers soll ein Gutachten mit einem Konzept für den Tourismus und die Sportstätten des Ortes vorliegen", sagt sie.

Oberhofs Bürgermeister Thomas Schulz (FWG) dagegen kritisiert den Vorstoß. Der Tourismus in der Region könne nur weiter entwickelt werden, wenn die Stadt eigenständig bleibe, ist seine Überzeugung. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass ein Ort mit Trainingsstätten im Umfeld bleibe. Er setze ganz stark auf das Gutachten des Wirtschaftsministeriums und hoffe noch auf ein Umdenken, so Schulz.

Dass der Wintersportort überhaupt das Interesse erregt, liegt an der Steilvorlage Hubers. Er hatte Überlegungen zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung präsentiert. Unter anderem sollen sich Verwaltungsgemeinschaften mit weniger als 5000 Einwohnern in Landgemeinden umwandeln.

Dafür hätten sie, so Minister Huber, künftig zwei Jahre Zeit. Denn aus Regierungssicht ist die Landgemeinde, in der sich mehrere Gemeinden zu einer Gemeinde zusammenschließen, effizienter. In der Verwaltungsgemeinschaft wird die Verwaltung gebündelt, die Gemeinden bleiben selbstständig, mit eigenem Haushalt und Gemeinderat.

Auch deshalb sollen neue Verwaltungsgemeinschaften nicht mehr zugelassen werden. Der Minister will konsequent durchsetzen, dass Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr haben. Eigentlich ist das bereits geltendes Recht.

Und für ein zweites strittiges Problem präsentierte Peter Huber gestern eine Lösung: Straßenausbaubeiträge. Künftig sollen Kommunen für ihren Eigenanteil einen Spielraum zwischen 20 und 80 Prozent haben und dementsprechend dann die Höhe der Beiträge festsetzen.

Keine Beiträge zu fordern, wie es laut Ministerium etwa 160 Gemeinden bisher gemacht haben, sei nicht hinzunehmen, erklärte der Minister. Er verwies auf die Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen, die zahlen mussten und darauf, dass Kommunen ohne Forderungen gegen Recht verstoßen hätten, was nicht honoriert werden dürfe.

Der Thüringer Gemeinde- und Städtebund äußerte sich zurückhaltend zu dem Vorschlag. "Es könnte ein faires Angebot sein", sagte Geschäftsführer Ralf Rusch. Entscheidend sei die praktische Umsetzung, da die Hürden für die Gemeinden sehr hoch liegen werden. Aus seiner Sicht erfülle nur etwa die Hälfte der Kommunen die Anforderungen, um den Eigenanteil flexibel gestalten zu können.